

# Bei Großeinsätzen ist sie gefordert

## SPD-Kreistagsfraktion informierte sich über die Kreiseinsatzzentrale

**Landau.** Wird ein Notruf von den Bürgern über die Nummer 112 freigesetzt läuft dies bei der Integrierten Leitstellen (ILS) in Landshut auf. Treten die Anrufe in großer Vielzahl, etwa bei Großeinsatzlagen wie Unwettern auf, greift die Integrierte Leitstelle auf Kreiseinsatzzentralen in den Landkreisen zurück. Für Dingolfing-Landau ist die ehemalige Nachalarmierungsstelle der Feuerwehr Landau, die jetzige Kreiseinsatzzentrale (KEZ), zuständig.

KBM Alfons Hallschmid, KBR Josef Kramhöller und die Führungsdienstgrade der Feuerwehr Landau erklärten jüngst der SPD-Kreistagsfraktion die Arbeitsabläufe der sieben ausgebildeten und ehrenamtlichen Hilfskräfte der KEZ. „Die ILS kann vermehrte Anrufe dann nicht mehr entgegen nehmen und nicht abarbeiten“, erklärte Hallschmid. Der Vorschlag der ILS an die Landkreise war deshalb eine Einsatzzentrale einzuführen, jedoch nicht zwingend.

Der Landkreis Dingolfing-Landau wägte die Notwendigkeit mit drei Vorschlägen für die Vorgehensweise ab. „Am Beispiel des Unwetters in Bubach, wurden hier von dieser Einsatzzentrale 40 Wehren gesteuert. Als dies funktioniert hat, war für die Wehr Landau klar, dieser Aufgabe gewachsen zu sein“, betonte KBR Kramhöller.

Die Entscheidung fiel letztendlich auf die bereits vorhandene Nachalarmierungsstelle der Hauptstützpunktwehr Landau. „Wir sind dankbar und froh, dass Landau die Aufgaben mit ausgebildeten, ehrenamtlichen Helfern schultert“, lobte Landrat Heinrich Trapp und erklärte gleichzeitig, dass die für den Landkreis eine hohe Kosteneinsparung sei. „Im Haushalt waren zunächst 200 000 Euro dafür veranschlagt“, wusste Sachge-

bietsleiter Franz Wimmer vom Landratsamt. Ursprünglich war diese hohe Summe aufgrund des Beispiels aus der FF Landshut mit einem Neubau so verankert. Letztendlich sind die Kosten aufgrund der vorhandenen Räumlichkeiten deutlich gesenkt worden. Die Kosten liegen nun bei rund 50 000 Euro.

„Trotzdem muss bedacht werden, dass die ILS in Landshut durch die Landkreise Landshut, Kelheim, Dingolfing-Landau und Landshut Stadt finanziert werden muss und jährlich 125 000 Euro anfallen“, betonte Wimmer. – al

